Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

33. Jahrgang.

№ 93. | Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatl. 75 Pf. | Sonntag, den 24. April. | Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige. | 1881.

Wetter=Prognose für Sonntag, den 24. April: Keine wesentliche Aenderung in den bestehenden Witterungsverhältnissen zu erwarten.

Die Woche.

In der Politik sieht es in dieser Frühlingszeit ziemlich still aus. Es sprossen allerdings im deutschen Reiche allerhand Gesetzgebungs= und Steuerprojekte auf, denen aber Maifröste nicht erspart bleiben dürften. Nur in der Reichshauptstadt herrscht große Aufregung, weil der Reichskanzler die Verwaltung arg angegriffen. Wir wollen uns kein bestimmtes Urtheil über diese Angriffe erlauben, aber doch einige Punkte hervorheben. Das ganze Berliner öffentliche Leben wird von einzelnen Führern beherrscht, welche die große Masse nur als Marionetten gebrauchen, nach dem schönen Grundsatze „Eine Hand wäscht die andere“ alle durch Wahlen zu vergebenden Ehrenämter unter sich zu vertheilen suchen und gegen Andersdenkende oder nicht unbedingt auf sie Schwörende einen unerträglichen Terrorismus ausüben. Die Cliquen=Wirthschaft ist nirgends größer als in Berlin. Die Presse der Hauptstadt stellt — mit wenigen ehrenwerthen Ausnahmen — die Thatsachen fast immer nur ganz einseitig, nur im Partei=Interesse dar, verschweigt und vertuscht und begiebt sich ihres hohen Berufs, Hüterin der öffentlichen Meinung zu sein, vollständig, wo es das Interesse der Partei oder der Kameradschaft zu fordern scheint. Der Durchschnitts=Bewohner der „Stadt der Intelligenz“ endlich ist von einer Gleichgiltigkeit gegen ernste politische oder allgemein öffentliche Angelegenheiten, wie man es in Provinzialstädten, auf die der Berliner mit Herablassung blickt, nirgends findet. Hunderterlei zieht seine Aufmerksamkeit ab, nirgends hält es so schwer, ernsten Antheil an öffentlichen Dingen zu erwecken, als gerade in Berlin. Die Tausende, welche die politischen Versammlungen besuchen, dürfen in dieser Ansicht nicht irre machen; Tausende in einer Millionenstadt zusammenzubringen, hält nicht schwer. Wer den Berliner Fortschrittler studirt hat — den Berliner Hauswirth, der Morgens sein Tagblatt liest, Nachmittags schläft und des Abends auf der Bierbank raisonnirt, der Alles am besten weiß und von der Gleichberechtigung aller Menschen, soweit es sein Dienstpersonal oder seine Miether betrifft, sehr sonderbare Begriffe hat —, wer diesen Berliner Muster=Wähler kennt, der weiß, was er von der Reife der hauptstädtischen Bevölkerung zu halten hat. In der geringen Betheiligung bei allen Wahlen der Hauptstadt drückt sich die Gleichgiltigkeit der Bevölkerung ebenfalls aus. In Berlin werden die Wahlen eben in viel höherem Grade „gemacht“ als anderwärts, und dies rufen uns die jetzigen Kämpfe wieder recht lebhaft in's Gedachtniß.

Das Ministerium Taaffe feiert in Oesterreich Triumphe über Triumphe, so daß die Wiener Offiziösen kaum Zeit haben, mit ihren Hymnen schnell genug nachzukommen. Ob alle diese Erfolge sich nicht allmählich als eben so viel Pyrrhussiege erweisen werden, bleibe dahingestellt. Vor der Hand haben sie die Stellung des Kabinets jedenfalls für eine Weile gefestigt. Der Erfolg, den der Finanzminister mit der Emission der 50 Millionen Papierrente zur Deckung des Defizits davongetragen, wird durch die bitterbösen Bemerkungen über die geheimnißvolle Art, wie er diese Operation vollzogen hat, nicht gestört. Bis auf wenige Eingeweihte sind Alle, auch Fachmänner darauf angewiesen, durch Rückschlüsse aus den offenkundigen Thatsachen den ungefähren Kours, zu dem diese Papierrente einigen großen Finanzinstituten überlassen wurde, sowie die homöopathische Dosis, die von diesen letzteren der Subskription anheimgegeben ist, und die stattgefundenen Ueberzeichnungen zu ermitteln. Jede ernsthafte Kontrole des Vorganges ist absolut abgeschnitten. — Den Streit um die Grundsteuer=Reform hat man ins Ländliche hinübergespielt, um die guten biederen Landleute an die Sache der Reaktion zu fesseln. Am zweiten Osterfeiertage kamen in Wien 8000 Bauern zusammen, die in bester Form den unverhohlenen Sozialismus und Klassenhaß predigten. Wohl kann Niemand das Bedrohliche leugnen, das darin liegt, wenn der Versöhnungsminister den Boden betreten muß, dem die Verhetzung Aller gegen Alle entspringt und dessen scheußlichste Auswüchse als Kommune und Nihilismus das Entsetzen der Menschheit erregt haben. Diese Errungenschaft also trägt ihre Fäulniß auch rein äußerlich für das blödeste Auge zur Schau. Nicht viel besser geht es mit dem Siege des Ministeriums, der demselben durch die Czechisirung der Prager Universität gesichert ist. Daß Graf Taaffe sein Ziel für diesmal erreicht hat, unterliegt ja wohl keinem Zweifel. Das Frohlocken darüber aber sollten ihm die Jubelhymnen der czechischen Blätter wohl vertreiben, die seine „geringe Abschlagzahlung“ lediglich als den Beweis dafür begrüßen, daß man nur ernstlich zu wollen braucht. Dann kommen bei dem nächsten Budget, nach Erfüllung der nationalen, die staatsrechtlichen Desiderien der Föderalisten an die Reihe. Graf Taaffe hat hier einen neuen schlagenden Beweis, daß er mit seinem schrittweisen Zurückweichen nur tiefergehende Begehrlichkeiten weckt, sich also immer weiter von seinem Versöhnungsziele entfernt und sich immer mehr seiner eigenen Ersetzung durch ein Kabinet Clam=Hohenwart nähert.

Die italienische Ministerkrisis hat damit geendet, daß Herr Cairoli seine Demission zurückzog und somit auch fernerhin an der Spitze des Kabinets verbleiben wird. Personalveränderungen innerhalb des Kabinets sind natürlich nicht ausgeschlossen, zumal sämmtliche Minister dem Konseilpräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben.

Die französische Regierung verharrt dabei, die politische und diplomatische Tragweite der tunesischen Expedition auf einen Akt militärischer Grenzpolizei zu beschränken. Aber die Unternehmung gewinnt eine größere militärische Wichtigkeit, als man ihr noch vor einigen Tagen geben wollte. Ein Korps von 20 000 Mann gegen die Krumirs erschien noch vor einigen Tagen als vollkommen ausreichend. Seine Stärke wird nun auf 40 000 Mann erhöht. Die Krumirs erhalten Verstärkungen aus Tunis und sogar aus Algerien. Man schätzt auf mindestens 50 000 die Zahl der theilweise vortrefflichen Schießwaffen in ihrem Besitz. In der Regentschaft besteht das arabische Feudalsystem nicht. Es besteht ein Bauernstand, nämlich eine Bevölkerung landwirthschaftlicher Grundbesitzer, welche vielleicht die Wohlthaten einer französischen Verwaltung ersehnen und nicht geneigt scheinen, für die Regierung des Bey sich zu schlagen; doch besitzt man hier schon die Gewißheit einer Erweiterung des Kriegsschauplatzes über den größten Theil des tunesischen Gebiets. In Algerien ist man der Kabylen nicht vollkommen sicher; man hat Gründe ihnen zu mißtrauen. Die Garnisonen in Algerien müssen in einer Stärke von mindestens 30 000 Mann unterhalten werden, welche mit dem Expeditionskorps gegen Tunis ein Heer von 70 000 Mann bilden. Rechnet man die Reserven hinzu, welche in Frankreich zur Einschiffung bereit stehen müssen, so ergeben sich wohl 100 000 Mann, welche durch die tunesische Frage in Anspruch genommen werden.

In England ist am Dienstag früh ein gewaltiger Mensch und großer Staatsmann gestorben: Benjamin Disraeli, Earl von Beaconsfield. Ein Greis von 75½ Jahren stieg er in's Grab, ohne daß man sagen kann, ob er trotz des Greisenalters den Höhepunkt seines Lebens und seines Ruhmes bereits erstiegen hatte — ein Loos, das den Begnadetsten und Größten der Sterblichen nur in seltenstem Ausmaße beschieden gewesen — denn nie hatte sein Name dröhnenderen Klang durch die Welt gehabt, nie hatte er mächtigeren Griff in die Geschicke des Welttheils hinein gethan, nie gewichtigere Entscheidungen in die Weltgeschichte gebracht, als eben in den letzten Jahren seines Lebens und wer bis zuletzt noch seine Befürchtungen oder seine Hoffnungen auf eine nächste Wendung der Politik Englands richtete, der heftete das Alles an den Namen Disraeli. Dem Ministerium Gladstone ist ein furchtbarer Gegner hinweggenommen, denn wie festgefügt die Partei der Tories auch sein mag, fester gefügt in jedem Falle, als die liberale Partei, so muß doch für eine Weile schwankende Unentschiedenheit unter sie gerathen, und der Mann ist nicht in Sicht, der das ungeheure Erbe der Parteiführerschaft sofort an sich zu nehmen vermöchte. Es wird sich auch vielleicht alsbald zeigen, inwieweit der Tod des großen Führers der konservativen Partei die Verschiebung und Umgestaltung aller Parteien, die überhaupt im Zuge ist und in unverkennbaren Symptomen hervortritt, zu beschleunigen helfen wird.

Trotz der Hinrichtung der russischen Kaisermörder haben sich die dortigen Verhältnisse noch in keiner Weise gebessert. Um die drohenden Gefahren zu vermeiden, hat die mit ihrer ersten Bitte abschlägig beschiedene Kaiserin in jüngster Zeit raschen Konzessionen, wenn nicht gerade konstitutioneller Art, so doch mindestens in konstitutioneller Richtung, das Wort geredet. Unglücklicherweise macht das, was die Kaiserin eine Beschleunigung des Experiments wünschen läßt, gerade den gegentheiligen Eindruck auf ihren Gemahl. Zwischen die Nihilisten und die kaiserlichen Malkontenten gestellt, fängt Alexander III. zu zweifeln an, ob es ein königliches Vorgehen seinerseits sein würde, solch' lärmenden Forderungen gegenüber Das zuzugestehen, was er aus eigenem Antriebe zu gewähren gesonnen war. Sollten diese Zweifel zu Schwanken und Verzug führen, so würde dies eine Fortdauer der gegenwärtigen beklagenswerthen Zustände und mit denselben die Wahrscheinlichkeit weiterer Schrecknisse bedeuten. Ohne auf weitere Einzelnheiten der prekären Lage einzugehen, genügt es, zu sagen, daß die Eventualität einer ernsten dynastischen Fehde im Falle eines Ablebens des Kaisers jetzt das Unterhaltungsthema in Petersburg bildet.

In der orientalischen Frage ist ein Schritt vorwärts geschehen, indem die europäischen Mächte ihre auf der Berliner Konferenz zwischen der Türkei und Griechenland gezogene Grenzlinie modifizirt haben. Durch eine besondere Kollektivnote hat man der Pforte davon Mittheilung gemacht. Wir wissen nicht, was die türkischen Staatsmänner über die Modifikation der Mächte denken werden, daß die gegenwärtige Trace, welche die Konferenz=Trace ersetzt, als Beschluß Europas zu betrachten sei. Dasselbe war ja der Pforte auch anläßlich des Konferenzbeschlusses gesagt worden. Da die Note aber nichts über Maßnahmen zur Räumung der betreffenden Gebietstheile enthält, diese vielmehr späteren Verhandlungen vorbehalten sind, so kann sich die Frage noch sehr in die Länge ziehen. Mit verstärktem Drucke arbeitet die Diplomatie jetzt in Griechenland. In einer neuen Note wurde die griechische Regierung von den Mächtevertretern aufgefordert, sich jetzt ohne Vorbehalt und Bemerkungen über den Grenzvorschlag auszusprechen. Was die Ausführung des Letzteren betrifft, so soll von Seiten der Mächte wenigstens im Prinzipe der Vorschlag angenommen worden sein, eine internationale Kommission zur Ueberwachung der Uebergabe des türkischen Gebietes zu ernennen. Uebrigens soll der König von Griechenland jüngst folgende Aeußerung gethan haben: „Achtzehn Jahre hindurch habe ich mich bestrebt, den Rathschlägen der Großmächte Folge zu leisten und ich glaube, daß sie Griechenland wohl geneigt seien. Allein jetzt gedenken sie mich und das Land, dessen König ich die Ehre habe zu sein, zu opfern, um sich aus einer Verlegenheit zu reißen, die sie selber geschaffen haben. Warum verkündigten sie im vorigen Jahre, daß Griechenland Thessalien und Epirus erhalten müsse, wenn ein Krieg vermieden werden solle; während sie jetzt sagen, daß Griechenland sich ohne Epirus begnügen müsse, wenn der Krieg vermieden werden solle?“ Mit drastischerer Kürze kann in der That die jetzige Situation nicht gezeichnet werden.

Tagesschau.

Freiberg, 23. April.

Nach Wiederaufnahme der Reichstagsarbeiten wird man sich im Plenum zunächst mit den vielfach vorhandenen Interpellationen und Anträgen beschäftigen. Besonders begegnet der Antrag Thilenius und Genossen auf Betheiligung des Reiches an der Erforschung der Polargegenden einer sehr sympathischen Aufnahme. Die Regierung selber hegt längst derartige Pläne, und es wird angenommen, daß sie nur auf eine Anregung aus dem Reichstage gewartet hat, um der Ausführung derselben näher zu treten. — Was die hin und wieder schon in Fluß gekommenen Vorbereitungen für die Neuwahlen zum Reichstage betrifft, so erweist man unserem Volke eine unbestreitbare Wohlthat, wenn man es mit diesen vorzeitigen Agitationen verschont. Nach Artikel 25 der Reichsverfassung müssen im Falle der Auflösung des